

Kurzbericht

Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

(2. - öffentliche - Sitzung am 26. Februar 2019)

Beratungsthemen:

1. **Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)**

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung zu verschiedenen Themen aus dem Kultusbereich

- a) „Internetseite www.neutrale-lehrer.de“
Unterrichtungswunsch des Kommissionsmitgliedes Herrn Eslami vom 23. Januar 2019
- b) - „Herkunftssprachlicher Unterricht“
- „Vorschulische Sprachförderung und die Vorverlagerung auf die Kindertageseinrichtungen“
Unterrichtungswunsch des Kommissionsmitgliedes Herrn Abgeordneten Onay vom 28. Januar 2019
- c) „Beschulung von Kindern und Jugendlichen während des Aufenthaltes in Landesaufnahmeeinrichtungen“
Unterrichtungswunsch des Kommissionsmitgliedes Frau Loos vom 31. Januar 2019
- d) - „Sprachförderung in den Schulen“
- „Neuausrichtung der Sprachförderung in den KiTas“
- „Schulen mit besonderem Bedarf“
Unterrichtungswunsch des Kommissionsmitgliedes Herrn Dr. Hadeed vom 18. Februar 2019

Die Kommission nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Sie erbat zu Unterpunkt c) eine rechtliche Einschätzung des GBD zu der Frage, ob die Pläne der Landesregierung, die Beschulung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen während ihres Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen nach dem Modell „Interkulturelle Lernwerkstatt 2.0“ in zeitlicher Hinsicht deutlich auszudehnen, mit dem Schulrecht und mit höherrangigem Recht vereinbar sind.

Die Kommission beschloss einstimmig, die Unterrichtung zu Unterpunkt d) in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

2. **Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)**

hier: Unterrichtungswunsch von Herrn Prof. Dr. Oltmer vom 25. Januar 2019 durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zum Beschluss der 13. Integrationsministerkonferenz im März 2018 „Leistungen und Beiträge von Migrantinnen und Migranten erforschen und angemessen kommunizieren“

Die Kommission beschloss einstimmig, die Unterrichtung in der nächsten Sitzung entgegenzunehmen.

3. **Terminplanung**

hier: Festlegung der Sitzungstermine für das Jahr 2019

Die Kommission vereinbarte, die nächste Sitzung am 26. März 2019 durchzuführen.

Sie bat die Landtagsverwaltung, für das Jahr 2019 Sitzungstermine vorzuschlagen, die es ihr ermöglichen, im Hinblick auf Beschlussfassungen in Plenarsitzungen Kommissionsvoten zu Entschließungsanträgen vor Sitzungen des Ältestenrates abzugeben.

4. **Verschiedenes**

Hierzu ergab sich keine Wortmeldung.